



Ich habe es schon angedeutet: Der apertistische Liberalismus leidet ganz offensichtlich an einem *Mangel* an gesellschaftlicher Regulierung - einem Mangel an Ordnungsbildung gegenüber maximal freisetzen den Märkten, multinationalen Akteuren, individuellen Rechten und kulturellen Identitäten. Seine Krise ist keine der Überregulierung, sie ist eine der *Überdynamisierung*, ohne dass damit eine Art zyklische Entwicklung unterstellt werden soll, in der auf jedes Dynamisierungsparadigma zwangsläufig ein Regulierungsparadigma folgte und vice versa, in einem ewigen Kreislauf. Wir wissen nicht, wie künftige Entwicklungen und Herausforderungen aussehen werden, können aber feststellen, dass sich *gegenwärtig* tatsächlich ein Dynamisierungsparadigma erschöpft hat und neue Formen der Regulierung die Antwort sein müssen.

Tatsächlich zeigt sich die Problemlösungsfähigkeit eines neuen politischen Paradigmas auch daran, wie es mit dem Vorgängerparadigma umgeht. Hier gibt es zwei generelle Möglichkeiten: radikaler Bruch mit dem alten Paradigma oder konstruktive Integration. Bereits bei der Ablösung des Sozial-Korporatismus durch den apertistischen Liberalismus hat es beide Möglichkeiten gegeben: In Großbritannien beispielsweise hat der Thatcherismus einen sehr viel radikaleren Bruch mit dem Wohlfahrtsstaat betrieben, als dies etwa in Deutschland der Fall war, wo man an manchen Errungenschaften aus der sozial-korporatistischen Ära festgehalten hat, was sich retrospektiv nicht unbedingt als Nachteil herausgestellt hat. In der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung ist es der Populismus, der einen kompletten Bruch mit dem apertistischen Liberalismus fordert. Demgegenüber würde ich die Annahme stark machen, dass mit Blick auf das neue Paradigma vieles davon abhängt, ob und wie es ihm gelingt, diejenigen Leistungen und Errungenschaften des apertistischen Liberalismus, die sich bewährt haben, konstruktiv weiterzuführen und *zugleich* in einen anderen Rahmen - eben den einer sozialen und kulturellen "Einbettung" - zu stellen. (S 286f)

Herausforderungen für den einbettenden Liberalismus

Auszüge aus dem letzten Kapitel des Buches *Das Ende der Illusionen* (2019) von Andreas Reckwitz



<http://reckwitz.bosolei.com>

Jenseits des Meritokratismus. Es ist häufig und zu Recht kritisch festgestellt worden, dass die spätmodernen Gesellschaften unter einer Zunahme sozialer Ungleichheit leiden. Sie betrifft nicht nur die materielle Dimension, sondern ist auch eine Ungleichheit der sozialen Anerkennung, die Gefühle der Missachtung und Entwertung in größeren Segmenten der Bevölkerung hervorbringt. Ein einbettender Liberalismus muss darauf eine Antwort anbieten, ... (S 293)

In der Spätmoderne stellt sich so mit aller Wucht ein *Meritokratie-Problem*, wie es Michael Young bereits 1958 in seinem Buch *The Rise of the Meritocracy* hellsichtig prophezeite: Die Entwicklung der Wissensgesellschaft, auf welche die Politik so große Hoffnungen setzte, kennt unweigerlich auch Verlierer. Ihnen wird nun aber suggeriert, für ihren Status selbst verantwortlich zu sein, weil sie es nicht geschafft haben, sich im

Bildungssystem „nach oben“ zu qualifizieren. Umgekehrt berufen sich – so Young – die Hochqualifizierten gern auf ihre eigene Bildung und Leistungsfähigkeit, mit der Selbstgewissheit derer, die es sich „verdient“ haben.

Der Meritokratismus der Bildung übersieht einen zentralen Tatbestand: Die Gesellschaft ist in ihrer Funktionsfähigkeit von der Arbeit der sogenannten Geringqualifizierten mindestens genauso abhängig wie von der der Hochqualifizierten, und ihr stünde eine erhebliche Zerreißprobe bevor, wenn sie auf Dauer den Nichtakademikern in den Routinetätigkeiten und körperlich anspruchsvollen Berufen die ihnen zustehende soziale Anerkennung verwehrt (oder gar ein größeres Segment in die Arbeitslosigkeit und eine bloße Grundsicherung abdrängt). Entscheidend ist, dass die Lösung des Problems hier gerade nicht in dem schlichten Ruf nach mehr Bildung bestehen kann, weil dies nur die aktuelle Gewinner-Verlierer-Situation reproduziert, selbst und gerade dann, wenn alle Begabungsreserven ausgeschöpft sind. Es bedarf vielmehr eines neuen Gesellschaftsvertrags, welcher – der klassischen Idee der Arbeitsteilung folgend – die gesellschaftliche Notwendigkeit gleichermaßen *aller* Tätigkeiten prinzipiell anerkennt, und die sozialen Unterschiede zwischen ihnen abmildert. Ein solcher Vertrag ist nicht nur die Sache staatlicher Politik (Mindestlohn, Steuerrecht, Sozialleistungen), sondern betrifft die symbolische Dimension einer Gesellschaft, die es sich angewöhnt hat, zwischen jenen, die es „geschafft haben“, und dem Rest zu unterscheiden. Das Problem, das hier bearbeitet werden muss, ist – mit Robert Fuller gesprochen – das einer Kultur des *rankism*, in der sich Unterschiede im sozialen Rang, vor allem im Rahmen des Systems der Arbeit und der Berufe, in erhebliche und letztlich nicht zu rechtfertigende Diskrepanzen bei der Wertschätzung des Einzelnen übersetzen. (S 294f)

In den letzten Jahrzehnten erschien die staatliche Förderung des persönlichen Konsums – von der Senkung der Einkommenssteuer bis zum Kindergeld – wichtiger als die wenig spektakuläre Basisversorgung mit infrastrukturellen Gütern und Diensten. Auf diesem Gebiet steht jedoch ein Umdenken an: Privater Konsum kann die Notwendigkeit öffentlicher Infrastruktur nicht ersetzen, denn im Zweifelsfall sind es die Wohlhabenden und Gebildeten, die deren Fehlen privat auszugleichen vermögen (privater Sicherheitsdienst, ausgewählte Schulen, private Gesundheitsversorgung), während alle anderen auf die Infrastruktur umso dringender angewiesen sind. (S 297)

Die spätmoderne Gesellschaft hat kein einfaches, sondern ein *zweifaches* Deregulierungsproblem, und zwischen beiden Aspekten besteht eine innere

Verwandtschaft, die häufig übersehen wird. Vor allem ist es nicht besonders hilfreich, das eine sozioökonomische Problem als eine klassische Frage der Linken zu betrachten, und das soziokulturelle Problem als eine klassische Frage der Konservativen und Kommunitaristen. Beide Problemlagen haben nur oberflächlich mit dem alten Linksrechts-Schema zu tun, sondern ergeben sich beide aus dem Widerstreit zwischen Regimen der Regulierung und Regimen der Dynamisierung. Insofern erweisen sie sich für ein Paradigma, in dem es um eine Rekonstitution des Allgemeinen geht, als die zwei Seiten derselben Medaille. (S 297f)

Als zentrale politische Herausforderung für die Entwicklung spätmoderner Gesellschaften erweist sich vielmehr die Arbeit an Grundregeln und -werten, die für alle gelten. Es stellt sich – in der soziologischen Tradition von Émile Durkheim formuliert – die Aufgabe einer *kulturellen Integration*, und zwar für Einwanderer wie für Einheimische verschiedener Milieus und Klassen gleichermaßen: Die kulturelle Integration betrifft den *redneck* in Alabama ebenso wie den Hipster in Kalifornien. Man muss also betonen, dass die Frage nach der kulturellen Integration weit über die Migrationsfrage hinausreicht.

Die Arbeit an kulturellen Grundwerten und einer von allen geteilten kulturellen Praxis sowie deren Vermittlung und Durchsetzung kann von der Politik nicht länger nach Art eines Laisser-fair-Liberalismus vernachlässigt werden, für den „Kultur“ eine Frage des Privaten oder des Ökonomischen ist. Natürlich könnte man mit Niklas Luhmann fragen, ob die moderne Gesellschaft nicht auch ohne einen solchen kulturellen Wertekonsens funktioniert. Allerdings scheint die Antwort hierauf Nein zu lauten. Die sozialen Praktiken in allen Bereichen des Lebens – im öffentlichen Raum wie in der Arbeitswelt und erst recht in der politischen Auseinandersetzung – setzen bestimmte, häufig unausgesprochene allgemeine kulturelle Maximen des anerkannt Wertvollen voraus, um erfolgreich und friedlich stattfinden zu können. Diese Voraussetzungen werden häufig erst bewusst, wenn sie verschwunden sind. Es ist eine Frage der ständigen gesamtgesellschaftlichen Aushandlung, was kulturell als wertvoll zählt und was nicht. (S 298f)

Im Gegensatz zur Kultur des Rechtspopulismus kann es dem Kulturliberalismus nicht darum gehen, die irreduzible Heterogenität der spätmodernen Lebensformen zu negieren, sondern vielmehr darum, *innerhalb* dieser respektierten Heterogenität der Ethnien und Lebensstile an einem gemeinsamen Grundrahmen zu arbeiten. Die Grundregeln sind dabei selbst nicht a priori vorhanden oder fixiert, und es handelt sich auch nicht um abstrakte Prinzipien. Vielmehr müssen sie beständig erarbeitet werden, und zwar bezogen auf diejenigen spezifischen kulturellen Praktiken, bei denen sie

zur Anwendung kommen sollen. Das bedeutet auch, dass etwa das Grundgesetz mit seiner Matrix von Grundwerten – auf das die Lehre des Verfassungspatriotismus gern verweist – nicht ausreicht. Rechtliche Normen bedürfen vielmehr spezifischer alltäglicher kultureller Praktiken – der Kooperation, des zivilen Konflikts, des Tausches, der Solidarität, der freundlichen Indifferenz, des Rituals, des gemeinsamen Spiels etc. -, um soziale Wirkung zu entfalten. Viele dieser Grundregeln haben – jedenfalls aus Sicht der westlichen Gesellschaften – einen universellen Charakter, sind also gegenüber den einzelnen Nationalkulturen relativ gleichgültig. Zugleich und jedenfalls bis auf Weiteres sind die Nationalstaaten die zentralen politischen Einheiten, die auch die Bildung und die Öffentlichkeit organisieren. (S 299f)

Es ist nicht verwunderlich, dass die Renaissance einer Kultur der Reziprozität, in der sich Individuen für andere und für die Gesellschaft verpflichten, in jüngster Zeit verstärkt angemahnt wird. Eine solche Politik hat durchaus etwas Unpopuläres, da die Wähler sich an eine Artikulation von Rechten und Interessen gewöhnt haben ... (S 301)

Haben Personen, die auch garantiert durch eine rechtliche und zivile Ordnung durch Kapitaleinkünfte hohes Vermögen akkumuliert haben, nicht auch eine Pflicht, Teile davon an die Gesellschaft zurückzuerstatten? (S 302)

In welcher Weise es einem neuen politischen Paradigma des einbettenden Liberalismus gelingt, sich zu formulieren und seine Ideen in praktische Politik umzusetzen, ist natürlich eine offene Frage. Wenn ja, liegt es auf der Hand, dass es – wie schon bei den beiden Vorgängerparadigmen – eher progressive Versionen und eher konservative Versionen dieses Paradigmas geben wird. Die progressiven Versionen (die ich selbst unterstützen würde) werden die Bedeutung der gesellschaftlichen Infrastrukturen für alle deutlich betonen und kulturell stärker universalistisch orientiert sein, die konservativen Versionen werden stärker national orientiert sein und mehr soziale Ungleichheit tolerieren. Generell wird die soziale Basis des einbettenden Liberalismus sich von der des apertistischen Liberalismus unterscheiden: Während Letzterer in der Spätphase seiner Entwicklung in erster Linie von der neuen Mittelklasse der Hochqualifizierten in den Metropolen getragen wird, besteht für den regulativen Liberalismus die Chance, dass er neben dem aufgeklärten und selbstkritischen Teil dieser neuen Mittelklasse auch Teile der alten Mittelklasse sowie der prekären Klasse hinter sich versammeln kann, von denen Teile gegenwärtig zum Populismus abwandern. (S 303)

aus: Andreas Reckwitz, Das Ende der Illusionen, Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin: Suhrkamp, 1. Aufl., 2019 – ISBN: 978-3-518-12735-3